

## **+ Container-Stellplatz statt Obstbäume? Warum die Idee von Klaus Wagenstetter ganz Pfaffing spaltet**

22.12.2023, 05:35 Uhr

Von: [Karlheinz Günster](#)

 Kommentare

 Drucken  Teilen



Fuhrunternehmer Klaus Wagenstetter will einen Standort für Container an der Münchner Straße in Pfaffing. Sein Antrag stößt bei Anwohnern und Gemeinderat auf heftige Ablehnung. © Günster

**Fuhrunternehmer Klaus Wagenstetter will einen Standort für Container an der Münchner Straße in Pfaffing. Sein Antrag stößt bei Anwohnern und Gemeinderat auf heftige Ablehnung. Warum sie von der Idee gar nicht begeistert sind und warum sich Wagenstetter „sehr getroffen“ zeigt.**

**Pfaffing/Forsting** – Für einiges Kopfzerbrechen sorgte im Pfaffinger Bauausschuss ein geplanter neuer Standplatz für Container im Gemeindeteil Forsting. Das sei der dritte Versuch von Klaus Wagenstetter, als Transportunternehmer Lagerflächen zu erhalten, berichtete Bürgermeister Josef Niedermeier (FWF).

Er fasste die Situation zusammen: Zuerst habe es den Wunsch nach Vergrößerung der bestehenden Halle in Richtung Osten gegeben. Nach der Übergabe der Grundstücke an die Kinder des Unternehmers verzögerte sich das Vorhaben. Dann folgte eine Halle an der Ecke Fürsten- und Münchner Straße, was der Gemeinderat jedoch ablehnte. Von da an verschlechterte sich das Verhältnis zwischen dem Fuhrunternehmer Klaus Wagenstetter, der auch Gemeinderatsmitglied ist, und seinen Gremiumskollegen.

So berichtete Günther Tarantik (FWF) in der jüngsten Gemeinderatssitzung, dass Wagenstetter nicht nur sein Amt als Vorsitzender der Wählergruppe niedergelegt habe, sondern ausgetreten sei. Das neue Vorhaben von Klaus Wagenstetter: Westlich der alten Tankstelle an der Münchner Straße sei ein Platz für Wechselbrücken-Container vorgesehen. Derzeit ist dort ein Garten mit Obstbäumen. Das Vorhaben des Fuhrunternehmers, befürchten Gemeinderäte und 15 anwesende Bürger, beeinflusse das Erscheinungsbild des Ortes negativ.



Hier soll ein Stellplatz für Wechselbrücken-Container entstehen. Anwohner sind von der Idee alles andere als begeistert.

© Günster

Anwohner kamen auch zu Wort, sie verstanden nicht, weshalb eine „nach jahrelangem Streit“ einmal gefundene Trennung von Gewerbe, Mischgebiet und Wohnen nicht mehr gelten soll. Die direkten Anwohner würden nur noch auf die Container schauen, daher solle alles versucht werden, das zu verhindern. Es gebe auch eine „Schutzbedürftigkeit der Wohnbebauung“, lauteten die Vorwürfe. Weitere Grünflächen würden zudem versiegelt. Ein Zuhörer meinte, dass die Gemeinde „zu passiv mit der Rechtsbeurteilung umgeht“. Zu bemängeln seien unter anderem Stellplätze, die zu weit auseinander lägen.

## **„Wir schämen uns“**

Andere Bürger fragten, weshalb nicht bereits versiegelte Flächen für die Container verwendet würden. Dabei fielen die Begriffe Trotz und Provokation. Mehrere Gemeinderatsmitglieder gingen auf Distanz zu Wagenstetter, dabei fiel auch das Wort „wir schämen uns“ mehrmals. Der Beschuldigte selbst war in der Sitzung nicht anwesend. So habe es einmal eine Arbeitsgruppe gegeben, berichtete Tarantik weiter, die sich mit der schwierigen Verschönerung des durch Gewerbe geprägten Gemeindeteils befasst hätte; Wagenstetter praktiziere nun das Gegenteil, meinte Tarantik.

Erwähnt wurde auch die Ankündigung des bisher hilfsbereiten Unternehmers, die Gemeinde und die Feuerwehr ab nun nicht mehr unbürokratisch zu unterstützen. Bürgermeister Niedermeier bestätigte eine Anweisung an den Bauhof und die Feuerwehr, „grundsätzlich“ keine kostenlose Hilfe mehr von außen anzunehmen: „Offenbar steht eine Erwartungshaltung dahinter“.

Allerdings, erklärte Bürgermeister Niedermeier, befinde sich der Container-Standplatz innerhalb der Vorgaben des Bebauungsplans und laufe daher grundsätzlich im Freistellungsverfahren. Ratsmitglied Tobias Forstner (ÜWG) fragte, wie das verhindert werden könnte und befürchtete zudem noch weitere Anträge. Er brachte eine Planung mit Veränderungssperre in die Diskussion. Das sei „kompliziert“, meinte der Bürgermeister dazu, weil das einen „Eingriff ins Eigentum bedeutet“.

Leider, bestätigte der Bürgermeister auf Nachfrage mehrerer Räte, sei die Kommunikation zwischen dem Antragsteller und der Gemeinde abgerissen. Niemand fand ein Argument für das Vorhaben, daher beschloss der Bauausschuss einstimmig, dass die Voraussetzungen für ein Freistellungsverfahren aufgrund der negativen Auswirkungen nicht gegeben seien, daher sei das ein Bauantrag, dem das gemeindliche Einvernehmen verweigert werde. Zudem soll sich der Gemeinderat mit einer Veränderungssperre befassen.